## S 40 U 227/18

## Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Hamburg

Sozialgericht Landessozialgericht Hamburg

2

Sachgebiet Unfallversicherung

Abteilung

Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren -

Leitsätze -Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 40 U 227/18

Datum 29.11.2019

2. Instanz

Aktenzeichen L 2 U 1/20 Datum 28.10.2020

3. Instanz

Datum -

1. Auf die Berufung der Beklagten wird das Urteil des Sozialgerichts vom 29. November 2019 aufgehoben und die Klage abgewiesen. 2. Au̸ergerichtliche Kosten sind in beiden Rechtszügen nicht zu erstatten. 3. Die Revision wird zugelassen.

## Tatbestand:

Zwischen den Beteiligten ist die Anerkennung des Ereignisses vom 18. Januar 2018 als Arbeitsunfall in der Schā½ler-Unfallversicherung streitig. Der am xxxxx 1999 geborene Klā¤ger war Schā¼ler des im G. belegenen H.-Gymnasiums in H1-W. und als Schā¼ler bei der Beklagten versichert. Am 18. Januar 2018 hielt sich der Klā¤ger in der zweiten groā∏en Pause gemeinsam mit zwei Mitschā¼lern gegen 11:45 Uhr im Stadtpark auf. Der Stadtpark befindet sich in unmittelbarer Nā¤he der Schule, er ist durch den G. vom Schulgelā¤nde getrennt. In diesem Zeitraum herrschte generell ein Unwetter in Form von Sturm und Schneefall (Sturmtief "Friederike"), wobei das genaue Wetter zum Unfallzeitpunkt am Unfallort zwischen den Beteiligten streitig ist. Im Stadtpark rauchte der Klā¤ger mit einem der Mitschā¼ler und hielt sich dort zur Erholung auf. Wā¤hrend dieses Aufenthalts fiel dem Klā¤ger ein sehr groā∏er und schwerer Ast auf den Kopf und den Kā¶rper.

Durch den Ast erlitt der KlAzger, der sofort bewusstlos war, ein Polytrauma mit schwerem Schäzdel-Hirn-Trauma sowie Frakturen des Wadenbeins und des Volkmanndreiecks. Der KlÄger wurde nach Eintreffen des Notarztes am Unfallort intubiert und sodann auf der Intensivstation im UniversitÄxtsklinikum E., H1 stationär behandelt. Im Durchgangsarztbericht vom 22. Januar 2018 heiÃ∏t es zur Frage, ob Verdacht auf Alkohol-, Drogen-, Medikamenteneinfluss bestehe, "Ja", die Blutuntersuchung der am 18. Januar 2018 um 13:44 Uhr gezogenen Probe ergab einen Wert von 59 ng/ml Cannabinoiden im Serum (Referenzwert \* ( 20 ng/ml). Nach der Extubation am 31. Januar 2018 war der KlÄger wach und ansprechbar, konnte aber zunĤchst nur mit einfachen SĤtzen kommunizieren. Angaben zum Unfallgeschehen konnte der KlĤger nicht machen. Im Polizeibericht vom 19. Januar 2018 hei̸t es: "Am Einsatzort teilten mir die Zeugen/ SchÃ⅓ler R. und S. mit, dass sie sich mit dem GeschĤdigten zum Rauchen im Stadtpark befunden hĤtten." Im Auskunftsbogen der Beklagten beantwortete der MitschA¼ler Niklas R. am 2. Februar 2018 die Frage, warum das SchulgelĤnde verlassen worden sei mit: "Um in Ruhe eine zu rauchen". Es sei von der Schule erlaubt worden, das GelĤnde während der Pausen zu verlassen. Der Mitschüler J. S. gab am 14. Februar 2018 telefonisch gegenļber der Beklagten an, der KlĤger habe am Unfalltag den Schulhof zum Rauchen verlassen. Man gehe regelmäÃ∏ig zum Rauchen in den Stadtpark, so auch an diesem Tag. Der Vater des KlAzgers gab auf dem Fragebogen am 28. Januar 2018 an, der KlAzger habe das SchulgelAznde verlassen, "um die Pause in ruhigerer Umgebung des Stadtparks zu verbringen". Schallern ab der 10. Klasse sei es mit Erlaubnis der Eltern ebenso wie vollj\(\tilde{A}\)\(\tilde{x}\)hrigen Sch\(\tilde{A}\)\(\frac{1}{4}\)lern erlaubt, das SchulgelĤnde zu verlassen. Infolge des Unfallereignisses konnte der KlĤger an den anstehenden Abitur-Prüfungen nicht teilnehmen. Die Teilnahme des Klägers an einer zeitlich versetzten Wiederholung der Abitur-Prüfungen nach seiner Genesung blieb erfolglos. Mit Bescheid vom 20. April 2018 teilte die Beklagte dem KlĤger mit, dass die Behandlung zu Lasten der Beklagten abgebrochen werde. Ein Schulunfall liege nicht vor. Eine versicherte TÄxtigkeit habe nicht vorgelegen, weil der KlĤger den Schulhof zum Rauchen verlassen habe und der Verzehr von Genussmitteln sowie die damit zusammenhĤngenden Wege dem privaten, nicht versicherten Bereich angehĶrten. Das Aufsuchen des Stadtparks sei aus eigenwirtschaftlichen Zwecken erfolgt, sodass der KlĤger nicht unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung gestanden habe. Der Widerspruch des KIägers blieb erfolglos. Im Widerspruchsbescheid vom 1. Oktober 2018 ist im Wesentlichen ausgefä¼hrt, die objektive Handlungstendenz des Klä¤gers sei ma̸geblich auf das eigenwirtschaftliche Interesse des Rauchens ausgerichtet gewesen. Unter Berücksichtigung der extremen Wetterlage an diesem Tag mit Herausgabe einer Unwetterwarnung am Vormittag gebe es keine Hinweise darauf, dass der Erholungscharakter fÃ1/4r das Verlassen des SchulgelÃxndes im Vordergrund gestanden habe. Eine Erholung h\tilde{A}\tilde{x}tte auch auf dem Schulgel\tilde{A}\tilde{x}nde stattfinden können. SchlieÃ□lich könne auch ein gruppendynamisches Verhalten, das zu einem gesetzlichen Unfallschutz hÄxtte fļhren kĶnnen, nicht festgestellt werden. Der KlÄgger sei bereits volljÄghrig und habe die Entscheidung, das SchulgelĤnde zum Rauchen zu verlassen, bewusst getroffen. Daher sei Unfallversicherungsschutz abzulehnen. Mit der Klage hat der KlAzger vorgetragen, er habe mit seinen Freunden das SchulgelĤnde verlassen, um im Stadtpark seine Pause zu verbringen und sich dort vom Schulbetrieb in ruhiger Umgebung zu

erholen. Das Rauchen sei auf dem SchulgelĤnde verboten und die Schļler seien dazu angehalten, den Schulhof zum Rauchen zu verlassen. Das Verlassen des Schulhofs â∏ auch zum Rauchen â∏ sei von der Schule gestattet. Insgesamt sei das Rauchen nebensĤchlich gewesen. Der herabgefallene Ast sei daher nicht seinem persĶnlichen, eigenwirtschaftlichen Risiko zuzurechnen. Dies beruhe darauf, dass Freistunden und Pausen auch auA∏erhalb des SchulgelA¤ndes vom Versicherungsschutz erfasst seien. Eine mit dem Rauchen spezifische Gefahr, die den Versicherungsschutz hÄxtte entfallen lassen kĶnnen, sei nicht eingetreten. Selbst wenn er das SchulgelĤnde nur zum Rauchen verlassen hĤtte, so liege im Zweifel eine geringfügige private Unterbrechung vor, die keine Rolle für die Wertung des Unfalls als Versicherungsfall spielen kA¶nne. So habe das Bundessozialgericht (BSG) in einem Fall für das Zündeln mit Explosionsmitteln durch Schüler entschieden. Werde eine geringfügige private Unterbrechung ebenfalls abgelehnt, so sei im Zweifel eine gemischte TÄxtigkeit gegeben. Im Rahmen der gemischten TÄxtigkeit habe die Erholung im Stadtpark im Vordergrund, das Rauchen dagegen im Hintergrund gestanden, sodass sein gesamtes Verhalten vom gesetzlichen Unfallversicherungsschutz erfasst werde. Auch müsse die Beklagte die Eigenart eines Jugendlichen berļcksichtigen. Diese sei aufgrund einer Entscheidung des BSG mangels Annahme schematischer Altersgrenzen auch bei einem bereits VolljĤhrigen anzuwenden. Hier spiele das gruppendynamische Verhalten von Schallern eine wesentliche Rolle, das in seinem Falle ebenfalls zu berücksichtigen sei. Die Beklagte dürfe den Versicherungsschutz nicht allein mit dem Argument "wegwischen", dass das Rauchen im Vordergrund gestanden habe. Das Sozialgericht hat in der mündlichen Verhandlung vom 29. November 2019 Beweis erhoben unter anderem durch die Vernehmung der Schulleiterin des H.-Gymnasiums. Diese hat angegeben, das Rauchen sei auf dem SchulgelĤnde verboten, sodass weder Schaller noch Lehrer auf dem Schulgelämnde rauchen dürften. Das Schulgelände sei sehr groÃ∏ und grenze auf der einen Seite an den Stadtpark. Dort sei auch der Ein- und Ausgang, der insbesondere in den Pausen von LehrkrÄxften beaufsichtigt werde. Eine Raucherregelung existiere nicht, weil auf dem SchulgelĤnde das Rauchen verboten sei. Die Unterrichtszeiten gestalteten sich in der Weise, dass immer 90 Minuten Unterricht sei und dann eine 30-minütige Pause folge. Kleine Pausen gebe es nicht. Die Pausenaufsichten erfolgten durch die Lehrkräfte, das seien regelmäÃ∏ig 10-12 Personen, die eine aktive Pause gestalteten. Die Schaller bis zu den 9ten Klassen sollten sich drau̸en aufhalten und dürften das Schulgelände nicht verlassen. Die Schüler ab der 10ten Klasse dürften das Schulgelände verlassen. Dies werde durch die Pausenaufsichten kontrolliert, ggf. durch Vorzeigen des SchA¼lerausweises. Das SchulgelĤnde werde verlassen, um sich u.a. frei zu bewegen, essen zu kaufen, spazieren zu gehen oder um zu rauchen. Die Schulleitung gehe davon aus, dass ab der 10ten Klasse die Schüler reif genug seien, sich auÃ∏erhalb des SchulgelĤndes zu bewegen. Die Eltern seien in der Weise darļber informiert, dass sie dies entsprechend unterschreiben mýssten, als Information. Ab 18 Jahren sei dies nicht mehr relevant. Man halte die Schüler regelmäÃ∏ig an, sich gut au̸erhalb des Schulgeländes zu verhalten. Dies sei ein alltägliches und gelÃxufiges Verfahren, sodass hierüber mit den Schülern nichts Schriftliches festgehalten werde. Bei Regen dürften die Schüler (insbesondere bis zu den 9ten Klassen), die sonst aus den GebĤuden rausmļssten, in den

Schulgebäuden bleiben. Es gingen trotzdem einige hinaus, sodass die Pausenaufsichten sich sowohl innen als auch drau̸en aufhielten. OberstufenschĽler wļrden ihrer Wahrnehmung nach oft auch bei schlechtem Wetter das SchulgelĤnde verlassen. Die Schule habe 1450 Schļler. Es sei eine sehr alte Schule und im Verhäxltnis sei der Schulhof sehr klein. Nach heutigen Ma̸stäben sei dieser doppelt so groÃ∏ auszugestalten. Wenn man wirklich Ruhe zur Erholung brauche, sei dies auf dem Schulhof in der Pause fast nicht mĶglich, weil die jüngeren Schüler dort spielten und sehr laut seien. Eine Erholung auf dem Pausenhof und in den SchulgebĤuden sei aber grundsĤtzlich mĶglich. Bei extremen Wetterlagen gebe es zumindest seit dem letzten Jahr neue Hinweise von der SchulbehĶrde. Sie selbst habe Warnhinweise bei Glatteis gemacht und nach dem Unfall des KlĤgers gebe sie auch Sturmwarnungen, dass keiner in den Stadtpark gehen soll, entsprechend an die SchA¼ler weiter. FA¼r die Oberstufenschä¼ler sei wegen des Läxrms und der eingeschräxnkten SitzmĶglichkeiten der Stadtpark schon zum Teil als erweiterter Pausenhof zu sehen. Mit Urteil vom 29. November 2019 hat das Sozialgericht unter Aufhebung des Bescheides vom 20. April 2018 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 1. Oktober 2018 festgestellt, dass das Ereignis vom 18. Januar 2018 ein Arbeitsunfall sei. Insbesondere habe der KlĤger wĤhrend des Aufenthalts im Stadtpark zur Erholung vom Schulunterricht in der zweiten großnen Schulpause eine versicherte TÃxtigkeit nach § 2 Abs. 1 Nr. 8 Buchst. b Siebtes Buch Sozialgesetzbuch (SGB VII) ausgeübt. Dazu gehörten Verrichtungen eines Schülers während des Besuchs einer allgemeinbildenden Schule. Nach der Rechtsprechung des BSG sei das Merkmal "wAxhrend des Besuchs von allgemeinbildenden Schulen" dahin zu verstehen, dass der Versicherungsschutz nach dieser Vorschrift beschrĤnkt sei auf diejenigen Veranstaltungen, die in den organisatorischen Verantwortungsbereich der besuchten Schule fielen. Dem Versicherungsschutz unterlägen in erster Linie Betägtigungen wäghrend des Unterrichts, in den dazwischenliegenden Pausen und solche im Rahmen bestehe in der Regel auch kein Versicherungsschutz bei Verrichtungen, die wesentlich durch den Schulbesuch bedingt seien und ihm deshalb an sich nach dem Recht der gewerblichen Unfallversicherung zuzuordnen wĤren. In der Schülerunfallversicherung bedürfe es beispielsweise bei Veranstaltungen eines engeren ursÄxchlichen Zusammenhangs zwischen der Teilnahme an der Veranstaltung und dem Schulbesuch. Dieser ursÄxchliche Zusammenhang sei nur dann gegeben, wenn die betreffende Veranstaltung von der besuchten Schule organisatorisch getragen werde. Dies gelte fÅ<sup>1</sup>/<sub>4</sub>r alle Lehrplanveranstaltungen, fÅ<sup>1</sup>/<sub>4</sub>r nicht in den Lehrplan aufgenommene Veranstaltungen nur dann, wenn es sich um eine Veranstaltung der besuchten Schule handele, diese mithin organisatorisch von ihr getragen werde. Hiermit habe der Gesetzgeber sicherstellen wollen, dass ein Versicherungsschutz nur dann bestehe, wenn die Schule die MA¶glichkeit habe, auf den Ablauf der Veranstaltung Einfluss zu nehmen und so die sich hieraus ergebenden Gefahren zu mindern. Versicherungsschutz sei hingegen nicht anzunehmen für Unfälle, die sich auÃ∏erhalb des Bereichs jeder Einwirkungsmöglichkeit einer ordnungsgemäÃ∏en schulischen Aufsicht ereigneten. Die innere schulische Verbundenheit von Unfallereignis und Verletztem, die in dem Unfall zum Ausdruck kommen mÃ1/4sse, erfordere stets, dass die

konkrete Verletzungshandlung durch die Besonderheiten des Schulbetriebs geprägt sei, was i.d.R. eine engere räumliche und zeitliche Nähe zu dem organisierten Betrieb der Schule voraussetze. Der unmittelbare r\tilde{A}\tilde{x}umliche und zeitliche Zusammenhang zum Schulbesuch entfalle grundsÄxtzlich, wenn schulische Aufsichtsma̸nahmen nicht mehr gewährleistet seien. Allerdings könne auch dann Versicherungsschutz in der SchA¼lerunfallversicherung bestehen, wenn der räumlich-zeitliche Zusammenhang (z.B. bei Klassenfahrten, Museums- und AufsichtsmaÃ⊓nahmen (z.B. bei Schülerbetriebspraktika im In- und Ausland; TÃxtigkeiten in der Schülermitverwaltung) weitgehend gelockert seien. Ein "Besuch der Schule", wie ihn § 2 Abs. 2 Nr. 8&8201; Buchst. b SGB VII tatbestandlich voraussetze, finde folglich nicht ausschlie̸lich im Schulgebäude und auf dem Schulgelände statt. Auch Unfälle auÃ∏erhalb des Schulgeländes könnten daher nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes (BGH) zu Haftungsfragen schulbezogen sein, wenn sie auf die Vor- oder Nachwirkungen des Schulbetriebs zurÃ1/4ckzufÃ1/4hren seien. Der KlÃxger sei wÃxhrend der Erholungspause im Stadtpark versichert gewesen, weil diese TÄxtigkeit von dem organisatorischen Verantwortungsbereich der Schule mitgetragen worden sei, auch wenn der Stadtpark nicht unmittelbarer Teil des SchulgelÄxndes sei. Dies ergebe sich für die Kammer aus der Zeugenaussage der Schulleiterin. Denn der rĤumliche Verantwortungsbereich der Schule sei aufgrund der rĤumlichen NĤhe zum SchulgelĤnde/-hof und dem stark begrenzten Platzangebot des Schulhofes für die Schüler des H.-Gymnasiums auf den Stadtparkbereich gelockert gewesen. Der Stadtpark werde von der Schule für die Erholungspausen als "erweiterter Schulhof" nicht nur toleriert, sondern auch befÄ1/4rwortet. Auf eine solche Handhabung bzw. regelmäÃ∏ige Ã∏bung der Schulpausengestaltung ab der 10. Klasse zur Erholung nehme die Schule insofern "organisatorischen" Einfluss, als dass sie den Schä¼lern ab dieser Klassenstufe und vor Erreichen der VolliĤhrigkeit â∏ mit schriftlicher Bestätigung der Eltern â∏ das Verlassen des Schulgeländes zur Erholung konkret erlaube. Dabei genüge bereits die Unterschrift der Eltern, es erfolge nach Aussage der Zeugin keine weiteren Hinweise auf Haftung oder "Versicherungsschutz" etc. an die Eltern. Diese grundsÄxtzliche Erweiterung des organisatorischen Verantwortungsbereiches sei auch daran zu erkennen, dass die Schule den Schülern aufgebe, sich auÃ∏erhalb des Schulgeländes ordnungsgemäÃ∏ zu verhalten. Die Schule bzw. die Schulleitung halte insoweit die Schüler regelmäÃ∏ig dazu an, sich entsprechend zu verhalten. Die Nutzung des Stadtparks als ausgelagerter (erweiterter) Schulhof für die Oberstufenschüler zum Zwecke einer Erholung vom Schulunterricht in ruhiger AtmosphĤre werde auch durch die Aussage des Zeugen Niklas R. bestÄxtigt. Dieser habe vorgetragen, dass er mit dem KlĤger und dem Zeugen J. S. hinausgegangen sei, um frische Luft zu schnappen. Im Stadtpark wÄxren sie herumgelaufen und hÄxtten sich unterhalten. Der Zeuge verbringe seine Pausen regelmäÃ∏ig drauÃ∏en, indem er sich etwas zu Essen hole oder in den Stadtpark zur Erholung gehe. Dies tue er auch als Nichtraucher. Am Tage des Unfallgeschehens habe er keine Unwetterwarnungen mitbekommen, vielmehr sei der Stadtpark in den Wochen davor bereits von umgefallenen BĤumen befreit worden. Er sei in letzter Sekunde vor dem herabfallenden Ast weggesprungen und dadurch nicht getroffen worden. Nichts Anderes ergebe sich aus den Aussagen der beiden weiteren Zeugen J. S. und

Wiebke Rasch. Der sachliche Zusammenhang zwischen dem Aufenthalt des KlĤgers im Stadtpark und dem Besuch der allgemeinbildenden Schule sei durch das Rauchen nicht entfallen, da es nach der objektiven Handlungstendenz des Klägers maÃ∏geblich auf die Erholung vom Schulunterricht und nicht wesentlich auf das Rauchen angekommen sei. Der Aufenthalt des KlĤgers im Stadtpark sei trotz des Rauchens nicht als unversicherte, eigenwirtschaftliche TÄxtigkeit anzusehen. Schlie̸lich komme es auf die Prüfung einer gemischten Tätigkeit oder einer geringfügigen Unterbrechung nicht an. Die Unfallkausalität sei gegeben. Der versicherte Aufenthalt des Klägers im Stadtpark zur Erholung vom Schulunterricht als versicherte TÃxtigkeit sei kausal und wesentlich für das Unfallereignis. Allein dieser Erholungsaufenthalt habe zum Unfallereignis gefļhrt. Die nichtversicherte TÄxtigkeit des Rauchens habe keine wesentliche Bedeutung für das Unfallereignis, denn infolge des Rauchens habe sich keine Gefahr realisiert, die zum Unfallereignis gefA¼hrt habe. Im vorliegenden Fall habe sich die Gefahr aus dem Spaziergang im Park realisiert, nicht etwa eine rauchspezifische Gefahr. Das Rauchen habe mangels besonderer Bedeutung für den Erfolg zu dessen Eintritt nicht wesentlich beigetragen. Die Beklagte hat gegen das ihr am 23. Dezember 2019 zugestellte Urteil am 9. Januar 2020 Berufung eingelegt, mit welcher sie vortrÄxgt, es sei in dem erstinstanzlichen Urteil keine Auseinandersetzung mit den Erstangaben der beteiligten Schauler erfolgt, aus welchen sich eine private Handlungstendenz entnehmen lasse. Diesen Erstangaben komme, weil sie von versicherungsrechtlichen A

berlegungen unbeeinflusst seien, grundsÃxtzlich ein höherer Beweiswert zu. Auch ein Spaziergang in der Pause auÃ\(\text{Perhalb}\) des Schulgel\(\tilde{A}\)\(\text{xndes sei grunds}\(\tilde{A}\)\(\text{xtzlich dem privaten Lebensbereich}\) zuzuordnen. Laut einem Gutachten des Deutschen Wetterdienstes habe im ̸brigen zum Unfallzeitpunkt starker Schneefall geherrscht, was einen Spaziergang zur reinen Erholung nahezu ausschlie̸e. Dass der Stadtpark in den organisatorischen Verantwortungsbereich der Schule falle, sei auszuschlie̸en. Eine Pausenaufsicht werde dort nicht ausgeļbt. Aufgrund der Torkontrollen Ende der Verantwortungsbereich der Schule eindeutig am Schultor. Wesentliches Kennzeichen einer schulisch organisierten Veranstaltung sei, dass sie unter Aufsicht der Schule stattfinde. Hier sei es jedoch stĤndige Ã∏bung, dass die Schule das Verlassen des SchulgelĤndes in die Verantwortung der Eltern bzw. des volljĤhrigen Schülers stelle und die Schüler wüssten, dass im Stadtpark keine Kontrolle durch die Schule stattfinde. Im ̸brigen stelle eine Ausweitung des organisatorischen Verantwortungsbereiches der Schule auf den Stadtpark eine grenzenlose Ausdehnung des Unfallversicherungsschutzes dar. Das Urteil werfe die Frage auf, wo der Schutz beginnen und enden solle. Nach dem Urteil seien die Schüler dann ja beispielsweise auch beim privaten Einkauf im Stadtpark versichert, was eine klare Ungleichbehandlung mit anderen, identischen Rechtsklarheit kA¶nne sich der gesetzliche Unfallversicherungsschutz wA¤hrend des Schulbetriebs nur auf das SchulgelÃxnde beziehen. Die Beklagte beantragt, das Urteil des Sozialgerichts vom 29. November 2019 aufzuheben und die Klage abzuweisen.

Der KlĤger beantragt, die Berufung zurückzuweisen. Er hält das erstinstanzliche Urteil für zutreffend und macht geltend, es sei völlig unstreitig,

dass während der Pause geraucht worden sei. Jedoch habe er eben nicht "zum Rauchen" das Schulgelände verlassen, sondern lediglich bei der Erholung geraucht. Auf eine Aufsicht während der Pausen komme es auch ýberhaupt nicht an, denn die volljährigen Schüler seien während der Pause überhaupt nicht zu beaufsichtigen. Das vorgelegte Gutachten des Wetterdienstes könne lediglich eine Aussage zum 5km entfernten F. treffen und selbst für diesen Ort könne von starkem Schneefall nicht die Rede sein. Wegen der weiteren Einzelheiten des Sach- und Streitstandes wird auf die Prozessakte, die beigezogene Verwaltungsakte der Beklagten und die Sitzungsniederschrift vom 28. Oktober 2020 Bezug genommen.

## Entscheidungsgründe:

Die Berufung ist statthaft ( $\hat{A}$ § $\hat{A}$ § 143, 144 Sozialgerichtsgesetz (SGG)), insbesondere form- und fristgerecht ( $\hat{A}$ § 151 SGG) erhoben. Sie ist auch begr $\hat{A}$ ¼ndet. Das Ereignis vom 18. Januar 2018 stellt keinen Arbeitsunfall dar. Die Entscheidung der Beklagten, das Vorliegen eines Arbeitsunfalls abzulehnen, ist nicht rechtswidrig und verletzt den Kl $\hat{A}$ ¤ger nicht in seinen Rechten.

Nach § 8 Abs. 1 S. 1 SGB VII sind Arbeitsunfälle Unfälle von Versicherten infolge einer den Versicherungsschutz nach §Â§ 2, 3 oder 6 SGB VII begrýndenden Tätigkeit (versicherte Tätigkeit). Unfälle sind zeitlich begrenzte, von auÃ∏en auf den KĶrper einwirkende Ereignisse, die zu einem Gesundheitsschaden oder zum Tod führen (§ 8 Abs. 1 S. 2 SGB VII). Für einen Arbeitsunfall ist danach im Regelfall erforderlich, dass die Verrichtung des Betroffenen zur Zeit des Unfalls der versicherten TÄxtigkeit zuzurechnen ist (innerer oder sachlicher Zusammenhang), â ☐ dem Unfallereignis â ☐ gef ü hrt (Unfallkausalit à xt) und das Unfallereignis einen Gesundheitsschaden oder den Tod des Versicherten objektiv und rechtlich wesentlich verursacht hat. Dabei müssen die Tatsachen, die die Tatbestandsmerkmale "versicherte TAxtigkeit", "Verrichtung zur Zeit des Unfalls", "Unfallereignis" sowie "Gesundheitsschaden" erfA1/4llen sollen, im Grad des Vollbeweises, also mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit feststehen. Dafür ist zwar keine absolute Gewissheit erforderlich; verbliebene Restzweifel sind bei einem Vollbeweis jedoch nur solange unschäzdlich, wie sie sich nicht zu gewichtigen Zweifeln verdichten (vgl. BSG, Urteil vom 24. November 2010 â∏ B 11 AL 35/09 R, Juris, m.w.N). Für die nach der Theorie der wesentlichen Bedingung zu beurteilenden UrsachenzusammenhĤnge genügt demgegenüber die hinreichende Wahrscheinlichkeit, nicht allerdings eine blo̸e Möglichkeit. Dabei ist der Beweisgrad der hinreichenden Wahrscheinlichkeit erfüllt, wenn mehr für als gegen den Ursachenzusammenhang spricht und ernste Zweifel ausscheiden (BSG, Urteil vom 27. Juni 2017 â∏ B 2 U 17/15 R, Juris m.w.N).

Nach diesen Vorgaben war das Ereignis vom 18. Januar 2018 kein Arbeitsunfall. Nach <u>§ 2 Abs. 1 Nr. 8 Buchst. b SGB VII</u> sind kraft Gesetzes versichert Schüler während des Besuchs von allgemein- oder berufsbildenden Schulen und während der Teilnahme an unmittelbar vor oder nach dem Unterricht von der Schule oder im Zusammenwirken mit ihr durchgeführten BetreuungsmaÃ⊓nahmen.

Dem Versicherungsschutz unterliegen in erster Linie BetÄxtigungen wÄxhrend des Unterrichts, in den dazwischenliegenden Pausen und solche im Rahmen sogenannter Schulveranstaltungen sowie â∏ seit der AblA¶sung der Reichsversicherungsordnung (RVO) durch das SGB VII zum 1. Januar 1997 â∏ die genannten Betreuungsmaà nahmen. Der Schutzbereich dieser "Schüler-Unfallversicherung" ist allerdings enger als der Versicherungsschutz von BeschÃxftigten nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII, weil er auf den organisatorischen Verantwortungsbereich der Schule beschrĤnkt ist, wie sich sowohl aus dem Wortlaut der Vorschrift ("wAxhrend") als auch ihrer Entstehungsgeschichte ergibt. Au̸erhalb dieses Verantwortungsbereichs besteht in der Regel kein Versicherungsschutz auch bei Verrichtungen, die durch den Schulbesuch wesentlich bedingt sind und ihm deshalb an sich nach dem Recht der gesetzlichen Unfallversicherung zuzuordnen wären (ständige Rechtsprechung des BSG, vgl. nur Urteil vom 26. Oktober 2004 â∏ B 2 U 41/03 R, Juris m.w.N). Ist also der Versicherungsschutz von Schä¼lern allgemeinbildender Schulen nach § 2 Abs. 1 Nr. 8 Buchst. b Alt. 1 SGB VII auf den organisatorischen Verantwortungsbereich der Schule begrenzt, so erfordert dieser im Regelfall einen unmittelbaren rĤumlichen und zeitlichen Zusammenhang zum Schulbesuch, der grundsÄxtzlich entfÄxllt, wenn schulische AufsichtsmaÄ∏nahmen nicht mehr gewĤhrleistet sind (BSG vom 30. Juni 2009 â∏∏ B 2 U 19/08 R, Juris). Zwar kann auch dann Versicherungsschutz in der SchA¼lerunfallversicherung bestehen, wenn der rA¤umlich-zeitliche Zusammenhang (z.B. bei Klassenfahrten, Museums- und Theaterbesuchen ggf. au̸erhalb der Unterrichtszeit) oder wirksame schulische AufsichtsmaÃ∏nahmen (z.B. bei Schülerbetriebspraktika im In- und Ausland; Tätigkeiten in der Schülermitverwaltung) weitgehend gelockert sind (s. dazu bereits BT-Drucks VI/1333 S. 4 zu Buchst a), zitiert nach: BSG, Urteil vom 23. Januar 2018 â∏ B 2 U 8/16 R, Juris). Die unfallbringende Verrichtung muss jedoch noch im organisatorischen Verantwortungsbereich der Schule geschehen. AuA

erhalb dieses Verantwortungsbereichs besteht auch bei Verrichtungen kein Versicherungsschutz, die durch den Schulbesuch bedingt sind. Daran fehlt es grundsÄxtzlich, wenn wirksame schulische AufsichtsmaÄ nahmen Ä 4berhaupt nicht mehr gew Ä zhrleistet sind (BSG, Urteil vom 23. Januar 2018 â∏ B 2 U 8/16 R, Juris). Nach dieser Rechtsprechung kommt die vom Sozialgericht vorgenommene Erweiterung des SchulgelĤndes auf "die Nutzung des Stadtparks" nicht in Betracht. Denn der Einflussbereich der Schule endet, ebenso wie deren Aufsichtspflicht und â∏Möglichkeit am Schultor, wie die dortigen Kontrollen auch deutlich machen. Dem steht die Ermahnung, sich auch auÄ∏erhalb des SchulgelĤndes ordentlich zu benehmen, nicht entgegen. Derartige Ermahnungen entsprechen vielmehr dem regelhaften Verhalten von Schulleitungen und zeugen gerade von deren Bewusstsein, au̸erhalb des Schulgeländes eben keinen Einfluss auf das Verhalten der Schã¼ler mehr zu haben.

In Pausenzeiten, die auà erhalb des Schulgelà ndes verbracht werden, ist zur Beurteilung eines Zurechnungszusammenhanges zwischen der grundsà ztzlich versicherten Tà ztigkeit "Schà ler in der Pause" und der Verrichtung zur Zeit des Unfalls ausgehend von den Grundsà ztzen bei Pausen Beschà zftigter eine Gesamtbetrachtung unter Berà lecksichtigung der konkreten gruppendynamischen Situation, des rà zumlichen, zeitlichen und inneren Zusammenhangs mit dem

Schulbesuch und des Alters der Beteiligten vorzunehmen (vgl. etwa zu Klassenfahrten/ Dienstreisen: BSG, Urteil vom 26. Oktober 2004 â∏∏ B 2 U 41/03 R, Juris). Der Versicherungsschutz ist dabei auch bei einem Schã¼ler grundsätzlich zu verneinen, wenn sich die betreffende Person zur Unfallzeit rein persĶnlichen, von der versicherten TAxtigkeit nicht mehr beeinflussten BedA¼rfnissen und Belangen widmet wie Essen, Trinken und Schlafen oder einem privaten Spaziergang (BSG, Urteil vom 26. Oktober 2004 â<sub>□□</sub> <u>B 2 U 41/03 R</u>, Juris). Nach der Rechtsprechung des BSG steht ein Spaziergang w\( \tilde{A}\) xhrend einer Arbeitspause mit der versicherten TÄxtigkeit nur dann in innerem Zusammenhang, wenn er aus besonderen Gründen zur notwendigen Erholung für eine weitere betriebliche (oder hier: schulische) BetÄxtigung erforderlich ist, sofern also der Versicherte aufgrund besonderer Belastungen durch die bisher verrichtete betriebliche/ schulische TĤtigkeit zur Durchfļhrung des Spaziergangs veranlasst war, um sich zu erholen und seine ArbeitsfĤhigkeit fþr die nachfolgende betriebliche/ schulische TÄxtigkeit wiederherzustellen oder jedenfalls zu erhalten. Insoweit besteht eine Parallele etwa zur Aufnahme von Nahrung wĤhrend der Arbeitspause, aber auch zu andersartigen, der Erholung dienenden Verrichtungen wĤhrend einer Arbeitspause wie z.B. dem Schlafen. Allein das allgemeine Interesse des Unternehmers bzw. der Schule daran, dass Arbeitspausen in vernünftiger Weise zur Erholung und Entspannung verwendet werden, damit die LeistungsfĤhigkeit des Arbeitnehmers/ Schülers erhalten bleibt, reicht nicht aus, um den inneren Zusammenhang zwischen der eigentlichen betrieblichen/ schulischen TÄxtigkeit und dem Verhalten in der Pause zu begründen. Ein innerer Zusammenhang ist, wie bei der Nahrungsaufnahme, nur anzunehmen, wenn die bisherige betriebliche/ schulische TÄxtigkeit als wesentliche Ursache eine besondere Ermļdung des Versicherten verursacht hat, die ohne die betriebliche/ schulische TĤtigkeit gar nicht oder erst spĤter aufgetreten wĤre (vgl. BSG, Urteil vom 26. Juni 2001 â∏ B 2 U 30/00 R, Juris).

Danach kommt es hier nicht darauf an, ob der Kläger zum Rauchen â□□ einer Tätigkeit mit unzweifelhaft privatwirtschaftlicher Handlungstendenz â∏ oder zu einem Spaziergang, bzw. um sich ungestĶrt und auch ohne Kontrolle durch LehrkrÃxfte mit seinen Freunden unterhalten und zerstreuen zu können, das SchulgelĤnde verlassen hat. Anhaltspunkte dafýr, dass im Unterricht eine besondere Belastungssituation vorgelegen hÃxtte, die diesen Spaziergang ausnahmsweise notwendig gemacht hÄxtte, um die SchulfÄxhigkeit des KlÄxgers zu erhalten bzw. wiederherzustellen, sind nĤmlich weder vorgetragen noch sonst ersichtlich. Dagegen spricht im A

brigen auch der Umstand, dass die Zeugen in der mündlichen Verhandlung angegeben haben, regelmÃxÃ∏ig das SchulgelÃxnde in der Pause zu verlassen, um spazieren zu gehen oder etwas zu essen zu kaufen. Hieraus ergibt sich ein entsprechendes regelhaftes Verhalten und gerade nicht eine besondere Belastungssituation an dem betreffenden Tag. Alternativ besteht im Ã□brigen nach den Zeugenaussagen die Möglichkeit, in der Pause im Schulgebäude in einem Raum Billard zu spielen. Diese Möglichkeit spricht, ebenso wie der Umstand, dass OberstufenschA1/4ler und bei schlechtem Wetter auch die SchA¼ler der unteren Jahrgangsstufen nicht nur der nach den Angaben der Schulleiterin zu kleine Pausenhof (bei sehr gro̸em Schulgelände im ̸brigen, wie die Schulleiterin ebenfalls angegeben hat), sondern auch das

Schulgeb $\tilde{A}$  ude selbst f $\tilde{A}$  die Pause genutzt werden konnte, dagegen, dass zur Erholung notwendiger Weise auf den Stadtpark ausgewichen werden musste.

Soweit der KIĤger vortragen hat, in der Schļler-Unfallversicherung seien als eine weitere Besonderheit die Gefahren zu berücksichtigen, die sich aus unzureichender Beaufsichtigung oder dem typischen Gruppenverhalten von Schülern oder Jugendlichen ergäben und eine schematische Altersgrenze, ab der solche gruppendynamischen Prozesse von SchA¼lern und Jugendlichen ausgeschlossen werden müssten, von der Rechtsprechung abgelehnt werde, ist dies zwar zutreffend (BSG, Urteil vom 26. Oktober 2004 â∏∏ B 2 U 41/03 R, Juris). Es rechtfertigt jedoch im vorliegenden Fall keine andere Betrachtungsweise. Denn kinder- oder jugendspezifische Unvernunft hat sich vorliegend gerade nicht derart manifestiert, dass eine solche zu dem Unfall gefä¼hrt hã¤tte. Sich von einem Gebäude bzw. einem Gelände, auf welchem ein Rauchverbot herrscht, in der Pause erlaubter Weise zu entfernen, auch (wenn auch nicht nur) um zu rauchen, ist darüber hinaus kein jugendspezifisches Verhalten, sondern wird auch und gerade von Erwachsenen (z.B. auch von Lehrern) regelmäÃ∏ig praktiziert, was allgemeinkundig sein dürfte. Der Vortrag, der Kläger als volljähriger Schüler sei ohnehin nicht durch die Schule zu beaufsichtigen gewesen, trifft ist so nicht zu. Auf dem SchulgelĤnde hat die Schule das Hausrecht, mit welchem eine Berechtigung und eine Verpflichtung zur Aufsicht (und auch z.B. zur Anberwachung der Baumpflege) einhergeht. Zutreffend ist allerdings, dass vollj\(\tilde{A}\)\(\tilde{A}\)hrige Sch\(\tilde{A}\)\(\tilde{A}\)ler in den Pausen nicht gehindert werden kannen, das Schulgelaund und damit den organisatorischen Verantwortungsbereich der Schule zu verlassen. Tun sie das, unterliegen sie allerdings auch, wie dargelegt, im Wesentlichen denselben GrundsÄxtzen wie Arbeitnehmer, welche in der Pause die BetriebsstÄxtte verlassen. Da der KlĤger somit ohnehin nicht unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung stand, als er in der Pause das Schulgelände verlieÃ∏, kommt es nicht mehr darauf an, ob der KlAzger dies tat, um Drogen zu konsumieren, oder ob ein vorheriger Drogenkonsum mĶglicherweise seine ReaktionsfĤhigkeit derart beeintrÃxchtigte, dass er als die allein rechtlich wesentliche Ursache des Unfalls anzusehen wÄxre. Die Kostenentscheidung folgt aus <u>ŧ 193 SGG</u>. Der Senat hat die Revision wegen der bislang in der hA¶chstrichterlichen Rechtsprechung weitgehend ungeklĤrten Rechtsfrage, wo der Verantwortungsbereich der Schule in der Pause endet, gemäÃ∏ <u>§ 160 Abs. 2 Nr. 1 SGG</u> zugelassen.

Erstellt am: 17.12.2020

Zuletzt verändert am: 23.12.2024